Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,700.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 63. Sonntag den 4. März 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Mittwoch, am 7. März 1883, Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Reclamation des Herrn Buchhändler Adolf Retzbach gegen seine Wahl als Mitglied in den 13. District der städtischen Einschätzungscommission.
II. Bericht des Bau- und Schulausschusses, den Bau der VIII. Bezirksschule betr.
III. Bericht des Bauausschusses über: a. Tieferlegung und Veränderungen der Wasserleitungsanlagen auf dem Königsplatze; b. den Umbau der Treppe im Conservatorium.
IV. Bericht des Oekonomieausschusses über die Aufstellung des Reformationsdenkmals auf dem Nicolaikirchhofe.
V. Bericht des Oekonomie- und Finanzausschusses über Herstellung von Schleusen in den Strahen A. B, II und VIII des südwestlichen Bebauungsplanes und dem Schleußiger Wege.
VI. Bericht des Stiftungs-, Oekonomie-, Bau- und Finanzausschusses über das Project der Friedhofsanlage am Napoleonsteine.
VII. Bericht des Stiftungs- und bez. Bauausschusses über das Specialconto: „Städtisches Krankenhaus zu St. Jacob" mit Ausnahme der Position 33 der Ausgaben des diesjährigen Haushaltplanes.

Die Städtische Arbeitsnachweisungsanstalt und deren Filialen betreffend.

Durch das freundliche Entgegenkommen der Herren Kaufleute
E. Hohlfeld, Kaufdiener Steinweg 11,
H. Unruh, Westplatz 17,
Jul. Bachmann, Ritterstraße 27,
Gebrüder Spillner, Windmühlenstraße 30,
Louis Apitzsch, Ecke des Grimmaischen Steinwegs und Querstraße, und
F. O. Reichert, Neumarkt 42,
sind wir seit Februar 1881 in den Stand gesetzt worden, neben der **Mühlgasse Nr. 7 im Hofe** befindlichen **Centralstelle** unserer Arbeitsnachweisungsanstalt an den genannten Orten Annahmestellen für Arbeitsangebote zu errichten und haben sich die genannten Herren der damit verbundenen Mühe und Arbeit bisher dankenswerth unterzogen.

Wir haben aber auch weiter das freundliche Entgegenkommen der Herren Kaufleute
Gebrüder Kretzschmar, Südplatz 11,
und
M. G. Harder, Nordstraße 65,
benutzt und auch an diesen Orten Annahmestellen für Arbeitsangebote von jetzt ab errichtet.

An unsere Mitbürger richten wir daher wiederum die dringende Bitte, uns durch recht ausgiebige Benutzung der von uns getroffenen Einrichtung in den Stand zu setzen, unsere schon früher ausgesprochene Ansicht, daß es besser ist, dem Armen Arbeit, als Almosen zu geben, zur Thatsache zu machen.

Leipzig, den 2. März 1883.

Das Armendirectorium.
Ludwig-Wolf. Ullm.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Schleuse III. Classe in der verlängerten Sidonienstraße zwischen dem Flußplatz und der Uferstraße F des südwestlichen Bebauungsplanes soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt mit der Aufschrift:
„Schleusenbau in der verlängerten Sidonienstraße"
versehen ebendaselbst und zwar bis **zum 17. März cr. Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 27. Februar 1883.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbaudeputation.

Grundstücksversteigerung.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgericht sollen
den 11. April 1883, Mittags 12 Uhr,
die dem Kaufmann Eduard Rudolph Knoch in Chemnitz, der Bertha Elisabeth verehel. Kühne geb. Knoch in Dresden und dem Kaufmann Theodor Richard Knoch in Chemnitz gemeinschaftlich zugehörigen, in Chemnitz gelegenen Grundstücke, als:

1) das an der äußeren Dresdner und der Fürbenstraße gelegene, mit den im Kataster für Chemnitz unter Nr. 434, III. Abth. verzeichneten Wohn-, Stall- und Ziegeleigebäuden bebaute, im Uebrigen aus Bauareal bestehende, 1 Heft. 42.4 Ar Fläche enthaltende Grundstück Nr. 1176 des Flurbuchs, Fol. 1567 des Grund- und Hypothekenbuchs für Chemnitz,
2) das an der Fürsten- und der verlängerten Paul-Arnoldstraße gelegene, ebenfalls aus Bauareal bestehende, 5 Heft. 8 Ar Fläche enthaltende Grundstück Nr. 2048 des Flurbuchs, Fol. 1457 des Grund- und Hypothekenbuchs für Chemnitz,
3) das an der Paul-Arnoldstraße, am Körnerplatze, an der Fürsten- und der oberen Hainstraße, sowie an der Geißstraße gelegene, gleichfalls aus Bauareal bestehende, 2 Heft. 5.9 Ar Fläche umfassende Grundstück Nr. 2041 des Flurbuchs, Fol. 2374 des Grund- und Hypothekenbuchs für Chemnitz,

welche Grundstücke ohne Berücksichtigung der Obiasten gewürdert worden sind, wie folgt:

zu 1: Fol. 1567 am 6. Februar 1883 auf 114,170 ℳ,
zu 2: Fol. 1457 am 15. Februar 1883 auf 280,000 ℳ,
zu 3: Fol. 2374 am 15. bez. 21. Februar 1883 auf 148,500 ℳ,

behufs Aufhebung der bezüglich des Eigenthums an diesen Grundstücken zwischen den Besitzern bestehenden Gemeinschaft bez. unter Beobachtung der Formen des Zwangsversteigerungsverfahrens öffentlich versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Amtsgerichtstafel aushängenden Anschlag und mit dem Bemerken hiermit gemacht wird, daß der in mehreren Exemplaren hergestellte Situationsplan der gedachten Grundstücke vom Mitbesitzer Ferdinand, Theodor Richard Knoch in Chemnitz, äußere Dresdner Straße Nr. 6, begegnet werden kann, ein solcher auch bei unterzeichneter Behörde zur Einsichtnahme bereit liegt.

Chemnitz, am 22. Februar 1883.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung B.
Rohr.

Vom unterzeichneten Königlichen Amtsgericht soll
Mittwoch, den 21. März 1883,
10 Uhr Vormittags,
das der verstorbenen Christine Henriette Baumann gehörige, unter Fol. 18 des Grund- und Hypothekenbuches für Kendnitz eingetragene Grundstück, welches am 28. September 1882 auf 33,975 Mark gewürdert worden ist, auf Antrag der Erben öffentlich und meistbietend versteigert werden.

Die Versteigerung findet in dem Gasthofe zu den Drei Lilien in Kendnitz statt und werden die Bedingungen im Termin selbst bekannt gegeben werden.

Leipzig, am 2. März 1883.

Königliches Amtsgericht daselbst.
Abtheilung V., Section I.
Mannsfeld.

Auction.

Mittwoch, als am 7. März d. J., sollen früh 10 Uhr im Grundstücke Nr. 18 der Sschocher'schen Straße zu Plagwitz zwei gut gehaltene Kutschwagen gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Plagwitz, am 3. März 1883. Uhlig, Gerichtsvollzieher.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen Kaufmann Julius Koch aus Bollenstedt, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen einfachen Bankerutts, Vergehen gegen §. 210 der Concurs-Ordnung, verhängt.

Es wird ersucht, derselbe zu verhaften und in das Gerichts-Gefängniß zu Bollenstedt abzuliefern.

Bollenstedt, den 2. März 1883.

Herzogliches Amtsgericht.
Klinghammer. Törner.

Beschreibung. Alter: ca. 35 Jahre. Statur: mittel. Größe: 1.70 Meter. Haare: dunkelblond. Stirn: oval. Augenbrauen: dunkelblond. Nase: spitz. Zähne: vollständig. Gesicht: länglich. Sprache: deutsch. Bart: dunkelblonder Vollbart. Augen: graubraun. Mund: gewöhnlich. Kinn: spitz. Gesichtsfarbe: gesund.

Nichtamtlicher Theil.

Unsere Parteiverhältnisse.

Das conservativ-clericale Bündniß ist zerrissen, die Regierung ist selbst der Conservativen nicht mehr sicher, die eine Hälfte der Liberalen steht ihr schroff gegenüber und die andere macht nur widerstrebend Zugeständnisse, die Gesetzgebung steht still, im preußischen Landtage werden Disputationen über Socialismus, Darwinismus und Materialismus veranstaltet, die durchgehende Empfindung ist allgemeines Mißvergnügen über die bestehenden Zustände — das ist die gegenwärtige Lage, wie sie sich in den Verhandlungen des preußischen Landtages abspiegelt. Für die Politik, welche vor nunmehr vier Jahren durch den Rücktritt Falk's und die Niederlegung der Präsidialgeschäfte des Reichstags seitens des Oberbürgermeisters v. Forckenbeck eingeleitet wurde, war die Steuer- und Wirthschaftsreform als nächstes, die Socialreform als ferneres Ziel in Aussicht genommen und als Preis für die Unterstützung der Pläne der Regierung durch das Centrum war der Ausgleich mit dem Vatican bestimmt. Die Wirthschaftsreform ist durchgeführt, die Steuerreform ist noch in den Anfängen begriffen und die Socialreform ist an der Ablehnung des Tabakmonopols durch den Reichstag gescheitert. Die einzige Errungenschaft, welche die preußische Regierung während der Herrschaft der conservativ-clericalen Coalition aufzuweisen hat, ist die Durchführung des Staatsbahnsystems, eine Reform von allerdings nicht zu unterschätzender Tragweite. Aber das genügt nicht, um die durch die Botschaft vom 17. November bezeichneten Aufgaben zu lösen, dazu bedarf die Regierung einer festen Majorität und diese läßt sich nur zusammenbringen, wenn das Centrum sich gefügig zeigt. Daß dies nicht der Fall ist, haben die Erfahrungen der letzten Jahre, hat besonders der Verlauf der gegenwärtigen preußischen Landtagssession gezeigt. Noch hat die Regierung die Hoffnung nicht gänzlich aufgegeben, den erwünschten Ausgleich mit Rom zu Stande zu bringen, aber die Zuversicht, welche noch vor Jahresfrist in dieser Beziehung herrschte, ist verloren, das letzte Schreiben des Papstes an den Kaiser vom 30. Januar hat klar gezeigt, worauf die römische Curie hinaus will und die herausfordernde Haltung des Centrums lehrt, daß zwischen der Curie und ihren Vertretern im preußischen Abgeordnetenhause volles Einverständniß herrscht. Die „Nordd. Allg. Ztg." mag ihre Pfeile immerhin gegen die „schwarze Perle von Meppen" als das eigentliche Hinderniß, welches dem Frieden entgegensteht, absenden, die kleine Excellenz weiß die Zeichen, welche aus dem Vatican kommen, besser zu deuten; Dr. Windthorst ist sicher, daß seine Taktik in Rom beifällig aufgenommen wird, er hat dort gute Verbindungen und man kennt seinen Werth und seine Fähigkeiten in Rom genau.

Die Antwort des Kaisers auf das Schreiben des Papstes, in welchem die Aufhebung der Vorschriften für die Ausbildung der Geistlichen, wie sie die Staatsregierung stellt, gefordert wird, ist am 26. Februar durch Vermittlung des Gesandten v. Schlözer in die Hände des Papstes gelangt, und man darf wohl außer Zweifel sein, daß sie an Bestimmtheit Nichts zu wünschen übrig lassen wird, aber eine baldige Ausgleichung der streitigen Puncte ist, wie die Sachen liegen, davon nicht zu erwarten, darüber giebt man sich auch an maßgebender Stelle keiner Täuschung hin. Was soll aber geschehen, wenn der Papst bei seinem „Non possumus" verharrt?

Es sind bereits Schritte gethan, um eine Annäherung an die liberale Partei anzubahnen und allem Anschein nach wird das Geschehene nicht ohne Folgen bleiben. Fest steht für jetzt nur, daß Herr v. Bennigsen vor Kurzem mit dem Fürsten Bismarck eine längere Unterredung gehabt hat. Wenn nun auch daraus noch nicht geschlossen werden darf, daß der Führer der Nationalliberalen demnächst an die Spitze des preußischen Ministeriums berufen werden wird, so ist doch andererseits nicht außer Acht zu lassen, daß eine Regierung im liberalen Sinne nur durchgeführt werden kann, wenn auch die Vertreter der Regierung selbst Liberale sind oder doch Zugeständnisse an diese Partei zu machen bereit sind. Die Zeiten der rein platonischen Unterstützung der Regierung durch eine in ehrfurchtsvoller Entfernung verharrende Partei sind vorüber, nachdem die Folgen eines solchen platonischen Verhältnisses so klar zu Tage getreten sind. Es handelt sich dabei nicht um persönliche Vortheile, sondern lediglich um Bürgschaften, daß die Regierung ein bestimmt vereinbartes Programm auch inne hält und nicht plötzlich die entgegengesetzte Richtung einschlägt.

Ob die neulich von der „Neuen Freien Presse" mitgetheilte Unterredung zwischen Bennigsen und Richter über die Bedingungen, unter welchen die Fortschrittspartei ein liberales Ministerium unterstützen wolle, wirklich stattgefunden hat oder nicht, mag dahin gestellt bleiben, bezeichnend für die Lage ist die Nachricht immerhin und die Forderungen, welche Richter gestellt haben soll, sind so charakteristisch, daß sie sehr wohl gestellt sein könnten. Richter soll gesagt haben: „Die Landräthe, welche die Wahlen beeinflußt haben, müssen abgesetzt werden und in Preußen muß das allgemeine Stimmrecht eingeführt werden." Mindestens ist das Richter'sche Wort so hübsch erfunden, daß man schon darum wünschen möchte, daß es wahr wäre; die Autorschaft brauchte Richter unter keinen Umständen abzulehnen.

Nun sehe man sich aber die Führer an, über welche die Conservativen zu verfügen haben. Da ist zunächst der Professor Adolf Wagner, auf den man so große Hoffnungen gesetzt hatte. Als dieser seine Jungfernrede über die directen und indirecten Steuern hielt, mußte ihm zwar zu Gute gehalten werden, daß er neben praktischen Zielen auch Chimären nachjagte, wie der beweglichen Einkommensteuer nach englischem Muster, aber er hatte doch gleichzeitig seiner Vorliebe für die beantragten Licenzsteuern für den Verkauf von Branntwein und Tabak Ausdruck gegeben. Die Conservativen hatten also immerhin noch Ursache, mit ihrem neuen Wortführer zufrieden zu sein und auf ihn Hoffnungen zu setzen, daß er dereinst zu einer Leuchte des Conservatismus heranglühen werde. Wie anders wirkte aber das Zeichen auf die conservativen Parteigenossen ein, als derselbe Professor eine fulminante Rede auf den Socialismus hielt und vom Lobe des Staatseisenbahnsystems ohne Weiteres zur Empfehlung der Verstaatlichung des Versicherungs- und des Creditwesens ꝛc. überging, so daß Windthorst sich gedrungen fühlte, diese Lehren für staatsgefährlich zu erklären! Da haben die Conservativen zu ihrer Beschämung ein, daß sie dem hohen Gedankenfluge des genialen Professors nicht mehr zu folgen vermochten.

Der zweite Führer der Conservativen, der Hofprediger Stöcker, hatte als größte parlamentarische Leistung in der gegenwärtigen Landtagssession eine Philippika gegen den Professor Dubois-Reymond aufzuweisen, den er als einen Vertreter der materialistischen Weltanschauung angriff, und dabei indirect auf den Cultusminister zielte, welcher der angeblich so staatsgefährlichen Rede des materialistischen Professors von Anfang bis zu Ende aufmerksam zugehört und sich zu keinem Tadel derselben bewogen gefunden hatte.

Als dritter Führer der Conservativen ist der Landrath des Delitzscher Kreises Herr von Rauchhaupt zu nennen, welcher der „Nordd. Allg. Ztg." in einer conservativen Versammlung in Berlin daraus einen Vorwurf machte, daß sie den Abgeordneten Windthorst in seiner Stellung als Führer der Ultramontanen zu erschüttern suche und ihn als Reichsfeind verdächtige. Schon die Rücksicht auf den Briefwechsel zwischen Papst und Kaiser hätte Herrn von Rauchhaupt von dieser Kritik der officiösen Preßtaktik abhalten sollen. Oder ist ihm etwa der Inhalt des letzten Briefes des Kaisers Wilhelm an den Papst schon bekannt? Das ist doch kaum anzunehmen.

Alles in Allem betrachtet, scheint allerdings die dringende Nothwendigkeit eines Systemwechsels für die preußische Regierung vorzuliegen, und wenn sich dieser Wechsel als das Ergebniß einer Verständigung mit der liberalen Partei darstellt, so würde das nur für das Gesammtwohl ersprießlich sein können; im Bunde mit den Conservativen und den Ultramontanen läßt sich auf die Dauer doch nichts erreichen, als Mittel zum Zweck hat dieses Bündniß seiner Bestimmung gedient, jetzt ist es an der Zeit, andere Bahnen einzuschlagen.

Leipzig, 4. März 1883.

* Zur Parteilage wird uns aus Berlin geschrieben: „Daß Herr von Bennigsen in der letzten Zeit wiederholt mit dem Fürsten Bismarck conferirt hat, ist eine Thatsache, an welcher jetzt Niemand mehr, auch nicht in der ultramontanen und conservativen Presse, zu zweifeln wagt. Daß diese Blätter davon nicht angenehm berührt sind, kann Niemand Wunder nehmen, auch ist es erklärlich, wenn einige ironisch oder höhnisch den Wunsch nach einem Ministerium Bennigsen äußern. Wir geben uns allerdings nicht so sanguinischen Hoffnungen hin, doch leidet es keinen Zweifel, daß von Seiten des Fürsten Bismarck der Eintritt des Herrn von Bennigsen in das Ministerium in Erwägung gezogen wird. Daß die Zustimmung des Fürsten, bezw. des Finanzministers zu dem von der Commission empfohlenen Steuergesetzentwurfe ganz besonders auf den Einfluß des Herrn von Bennigsen zurückzuführen ist, war sogar den Conservativen bereits bei der dritten Lesung im Plenum bekannt, und erklärt sich auch aus diesem Umstande das demonstrative Zischen der rechten Seite nach dem Schluß der Rede des Herrn Finanzministers. Herr Scholz ist wie Herr Dr. Friedberg und Herr Dr. Lucius durchaus kein Mann nach conservativer Schablone, der Ehrgeiz dieses Herrn geht vielmehr lediglich dahin, sein Ressort so gut wie möglich zu verwalten, d. h. so weit es sich erreichen läßt, ein guter Fachminister zu sein. Und, wie gesagt, von demselben Streben sind die Herren Lucius und Friedberg beseelt, welche beide ungefähr auf demselben politischen Standpunct stehen, wie der frühere Cultusminister Herr Dr. Falk. Ein Ministerium von Bennigsen würde also in diesen Ressorts keine Veränderung mit sich zu bringen brauchen, wie sich dies auch in Bezug auf das Ressort des Herrn v. Kameke von selbst versteht. Sogenannte politische Minister sind nur die Herren v. Puttkamer und v. Goßler. Was den letzteren betrifft, so ist in den letzten Tagen wiederholt sein etwas elegischer Ton aufgefallen. Mehr als einmal sprach er von seinem eventuellen Abschiede. Und daß die „Kreuzzeitung" sich wiederholt veranlaßt gefunden hat, „etwaige" Gerüchte über die erschütterte Stellung des jetzigen Cultusministers zu dementiren, bevor irgend eine derartige Nachricht veröffentlicht worden war, wird von denen, welche sich auf die Zeichen der Zeit verstehen und die Gewohnheiten der „Kreuzzeitung" kennen, sowie die Folgen derartiger Dementis seit Jahrzehnten beobachtet haben, keineswegs in einem Herrn v. Goßler günstigen Sinne gedeutet. Die Nachricht, welche ein hiesiger Correspondent einem großen rheinischen Blatte gemeldet hat, daß bei der Conferenz, welche Fürst Bismarck mit Herrn v. Bennigsen gehabt, Herr v. Puttkamer zugegen gewesen sei, ist eine pure Erfindung und so absurd, daß man kaum begreift, wie die Redaction so weit gehen konnte, bei aller Nachsicht gegen den Correspondenten, sie den Lesern mitzutheilen. Das ist allerdings richtig, daß Herr v. Bennigsen im Abgeordnetenhause öfter mit Herrn v. Puttkamer conferirt hat, wie er auch am Freitag längere Zeit mit Herrn v. Goßler sich unterhielt. Indessen pflegt dieser Anblick kaum auf den naivsten Tribünenbesucher Eindruck zu machen, da derartigen „Conferenzen" im Parlament weder ein Abgeordneter noch ein Minister aus dem Wege gehen kann, und man sehr oft Herrn Rickert oder Herrn Majunke mit Herrn v. Kameke, Herrn Stöcker mit Herrn v. Goßler, Herrn Köhler mit Herrn v. Puttkamer in Unterhaltung begriffen beobachten kann; daraus bauen sich eben nur Correspondenten Ministerien auf, die sich — das ihren Blättern gegenüber leisten können. Auch daß Herr Miquel mit Fürst Bismarck conferirt, gehört lediglich in das Fabelreich; alle diese „authentischen Meldungen" werden in parlamentarischen Kreisen belächelt. Die letztere Nachricht ist aus der wahren Thatsache gefolgert worden, daß Herr Miquel in den letzten Tagen in Berlin war. Der Oberbürgermeister von Frankfurt a/M. ruht in politischer Beziehung, seit er Mitglied des Herrenhauses geworden, auf seinen Lorbeeren und alle Ersuchen seiner politischen Freunde, für den Reichstag zu candidiren, hat er bisher aus dem Grunde zurückgewiesen, weil ihn sein städtisches Amt zu sehr in Anspruch nehme."

* Man schreibt uns weiter aus Berlin: „Die Petition, welche von 5635 littauischen Familienvätern dem Cultusminister von Goßler wegen Benutzung der littauischen Sprache beim Religionsunterricht in der Volksschule zugegangen ist, worüber ich Ihnen bereits vor nahezu fünf Wochen zu berichten in der Lage war, ist in den letzten Tagen von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zum ersten Male einer Besprechung unterzogen worden und als der Ausfluß „polnischer Hetzereien" bezeichnet worden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ist zu dieser Auffassung wohl durch wiederholte Behandlung dieser Petition in den polnischen Blättern veranlaßt worden, welche natürlich davon überzeugt sind, daß der Cultusminister Herr von Goßler für die littauische Petition dieselbe „rauhe Antwort" haben würde, wie für ähnliche unberechtigte und anmaßende Wünsche der Polen. Das wäre den Letzteren gerade recht! Denn sie hoffen, daß dadurch die littauische Bevölkerung erst recht den Gebrauch ihres unschönen Idioms für den Unterricht als eine unabweisbare Nothwendigkeit betrachten und sich mit den „polnischen Brüdern" in fruchtloser Agitation und demonstrativer Opposition vereinen werden. Das ist ja seit jeher bei der absoluten Unfähigkeit zu einer activen Politik die erste Aufgabe der polnischen Deputirten und Journale gewesen, und sie geben vor, eine heilige nationale Pflicht zu erfüllen, wenn sie die politisch indolenten Littauer und Masuren auf dieselbe Bahn bringen. Die gewünschte „rauhe Antwort" wird nicht ausbleiben, und das schon wegen der jedenfalls auch Herrn v. Goßler nicht unbekannten Thatsache, daß die littauischen Kinder das Deutsche besser als ihre sogenannte Muttersprache beherrschen. Aber zweifelhaft bleibt es immerhin, ob dadurch der Anstoß zu weiterer Agitation für die abgewiesenen Petenten gegeben ist. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" thut übrigens Unrecht, sich auf die Ausführungen des radicalen „Gonier" zu stützen; denn diese finden weder in der übrigen polnischen Presse, noch in der polnischen Bevölkerung Anklang. Auch hier hat man für die Rodomontaden des Herzblättchens nur mitleidiges Achselzucken. — Noch aus einer anderen Veranlassung hat die „Nordd. Allg. Ztg." sich in den letzten Tagen mit den Polen befaßt. Von Genf aus ist an die polnische studirende Jugend von einem dortigen Schriftsteller Milkowski ein Aufruf ergangen, in welchem die Schuld an dem Untergang Polens lediglich den Jesuiten und ihrer Intoleranz gegen die Evangelischen zur Last gelegt wird. Es ist das übrigens keine neue Auffassung. Vor einer Reihe von Jahren erschien in Warschau eine anonyme Broschüre, als deren Autor man ein Mitglied der höchsten polnischen Aristokratie bezeichnete, welche an der Hand historischer Daten den Beweis zu führen sich bemühte, daß Polen ungetheilt geblieben wäre, wenn es nicht den Jesuiten gelungen wäre, die Oberhand im öffentlichen Leben zu gewinnen. Auch Milkowski führt in seinem Aufruf aus, daß die bekannte Conföderation von Radom nur durch die grausamste Intoleranz der mächtigen Jesuiten geschlossen und die Russen von den entsetzlich gemarterten Evangelischen ins Land gerufen worden sind. Man kann sich denken, mit welchen Wuthausbrüchen die polnische Presse diesen Aufruf aufgenommen und besprochen hat. Der Krakauer „Czas", ein sehr klericales Blatt, denuncirte seinen Verfasser als einen gefährlichen Revolutionair, der zu nihilistischen Kreisen enge Beziehungen habe und dessen Proclamation keinen andern Zweck hat, als die Grundlagen der Kirche und das Ansehen der polnischen Aristokratie zu erschüttern. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" aber benutzte diese Gelegenheit, um ihr Mäthchen an den Jesuiten zu kühlen und erklärte Herrn Milkowski für einen sehr ehrenhaften Mann, der kein Revolutionair sei und sich das Verdienst erworben habe, seinen Landsleuten einmal zu zeigen, was historische Wahrheit sei. Thatsächlich steht aber genannter Herr mit den nihilistischen und anarchistischen Elementen, die aus allen Ländern Europas nach der Schweiz geflüchtet sind, in sehr nahen Beziehungen und in den Kreisen der polnischen Abgeordneten hat es eigenthümlich berührt, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sich zum Anwalt eines Revolutionairs macht, nur um dadurch wieder einmal ihre Animosität gegen das Polenthum zu zeigen. Die polnische Aristokratie ist übrigens jedesmal aufs Höchste aufgebracht, wenn Jemand zu bezweifeln wagt, daß sie ein Monopol habe, die polnische Bevölkerung in den Parlamenten zu vertreten. Als vor einigen Jahren unter der Führung eines Thierarztes in Inowrazlaw eine demokratische Richtung auftrat, die behauptete, daß die Interessen des polnischen Volkes nicht genügend durch die Großgrundbesitzer, welche damals vielfach ihre Uebereinstimmung mit der Bismarck'schen Wirthschaftspolitik erklärten, vertreten werden, wurde diese Richtung als antinational und verrätherisch verschrieen und ihr Führer, der in seinem Erwerbe große Einbuße erlitt, mußte sich zurückziehen. Thatsächlich besteht die polnische Fraction des Abgeordnetenhauses und des Reichstages, mit Ausnahme der Abgg. Kantak und Magdynski, nur aus adeligen Grundbesitzern und Geistlichen, die für die geringste Concession des Reichskanzlers an die Polen gern bereit wären, ähnlich wie das Centrum, seine wirthschaftspolitischen Projecte ohne Weiteres zu unterstützen."